

Im Friedensabkommen von Havanna wurde vereinbart, dass das Vermögen der FARC zur Entschädigung der Opfer des Konflikts verwendet werden soll. Unklar blieb, wie hoch diese Vermögenswerte sind.

EL ESPECTADOR schildert in einem redaktionellen Beitrag am 17.08.17 eines der Probleme, die sich bei der Umsetzung des Friedensabkommens stellen:

Der Streit um das Vermögen der FARC

An dem Tag, an dem der letzte Container mit Waffen der FARC aus den Zonen der Waffenübergabe abtransportiert wurde –Waffen, die zurzeit an dafür vorgesehenen Orten unbrauchbar gemacht werden – trat sofort die damit vertraglich verbundene Verpflichtung in Kraft, nämlich die Erstellung eines Inventars aller ihrer Guthaben und Sachgüter durch die FARC, deren Zweckbestimmung es nach dem Schlussabkommen ist, sie zur Entschädigung der Opfer des Konflikts zu verwenden. Daher hat Präsident Juan Manuel Santos im Rahmen der außerordentlichen Vollmachten, die ihm nach dem Gesetz über den Frieden zustehen, das Dekret Nr.903/2017 erlassen, womit die Vorgehensweise bei der Umsetzung dieser Verpflichtung geregelt wird.

Gleichwohl ist man weit davon entfernt, dieses Dekret in Anwendung zu bringen. In der vergangenen Woche fand vor dem Verfassungsgericht eine Anhörung der Kontrollinstanzen und staatlichen Behörden statt, bei der die Durchführbarkeit des Dekrets festgestellt werden sollte, zumal nachdem der scheidende Friedenskommissar Sergio Jaramillo den Text einen „Pfusch“ genannt hatte.

Generalstaatsanwalt Néstor Humberto Martínez beharrt seinerseits darauf, dass das Dekret nicht in allen Teilen verlässlich sei, vor allem, weil er versichert, dass die Vermögenswerte der FARC sich auf eine Summe von über 1,1 Mrd USD belaufen.

„Wir bitten den Staatsanwalt um die Vorlage aller seiner Informationen, damit wir diese zu unserer Liste hinzufügen können“, sagte am Dienstag im Departement La Guajira Iván Márquez, vormaliger Chef der Verhandlungsdelegation der FARC in Havanna und dementierte die Zahlen, die der Chef der Anklagebehörde vorgelegt hatte. Zahlen, die in jedem Fall ein Mysterium darstellen. Just gestern erließ der Präsident ein weiteres Dekret, Nr.1364/2017, mit welchem er vermutlich die Umsetzung des vorherigen Dekrets über das Vermögen der FARC in Gang bringen will. Allerdings, klar ausgedrückt, ist dieses Dekret nichts anderes als eine formelle Erklärung über die Kontrolle der Liste, welche die FARC übergeben hat und die sich jetzt in den Händen von Innenminister Guillermo Rivera befindet.

„Die UN-Mission hat mir 135 Aktenordner übergeben, in denen die Vermögenswerte aufgelistet sind, über welche die FARC behauptet zu verfügen. Bei Übergabe unterzeichneten wir ein Protokoll, das in einem Umschlag sich in unserer Obhut befindet. Diese Information muss dem Direktor für das Autonome Vermögen übergeben werden, der durch das Dekret 903 eingesetzt wird“, sagte der Chef des zuständigen Ressorts. Aber das Autonome Vermögen ist noch immer Zankapfel zwischen Regierung, Staatsanwaltschaft und Prokurator, die sich weigern, das Vermögen der FARC direkt an diesen Fonds übergehen zu lassen, ohne dass zuvor ein Verfahren zur Aufhebung der Eigentümerschaft stattgefunden hat.

Um die juristischen Streitereien zwischen Exekutive und Jurisdiktion zu beheben, lud Minister Rivera am gestrigen Nachmittag zu einer vertraulichen Sitzung mit Prokurator Fernando Carillo und Staatsanwalt Martínez ein. Sein Ziel war, ihnen alles in seiner Zuständigkeit Befindliche zu übergeben, „damit jeder in Übereinstimmung mit seinen Zuständigkeiten handeln und Entscheidungen treffen kann, damit diese Vermögenswerte ihrer Bestimmung zur Entschädigung der Opfer zugeführt werden“, erklärte Rivera. Dies bedeutet, dass mittels derartiger strategischer Treffen dazu beigetragen werden soll, die Stöcke in den Speichern zu beseitigen, die momentan das sog. „Pfuschdekret“ behindern, das vom Staatsoberhaupt unterzeichnet wurde.

Die Aufgabe der Staatsanwaltschaft war es, schnellstmöglich die Übergangszonen der Normalisierung aufzuheben, die Vermögenslisten der FARC entgegenzunehmen und sie publik zu machen. Eine Aufgabe, der sie bisher noch nicht nachgekommen ist. Was allerdings gefolgert werden kann, ist, dass die Kalkulationen in den der Regierung übergebenen Listen erheblich von denen abweichen, die Generalstaatsanwalt Martínez erstellt hat, auch wenn nicht zu leugnen ist, dass die Vermögenswerte, welche die FARC zu übergeben hat, exorbitant hoch sein dürften.